



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Staatsbedienstetenwohnungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes über die aktuelle Lage der staatlichen Wohnungsfürsorge in Bayern zu berichten.

Hierbei ist insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:

- Wie stellt sich der aktuelle Stand an Belegungsrechten an Staatsbedienstetenwohnungen im Ballungsraum München dar.
- Wie viele der Staatsbedienstetenwohnungen im Ballungsraum München sind derzeit belegt.
- Wie viele der im Rahmen des Wohnbauprogramms bis zum Jahr 2020 in Kooperation mit der Stadibau GmbH angekündigten 1 000 neuen Staatsbedienstetenwohnungen sind im Ballungsraum München bereits fertig gestellt.
- Wie viele der 2015 angekündigten Staatsbedienstetenwohnungen befinden sich derzeit in Planung.
- Ob und in welchen Umfang konnten die durch Behördenverlagerung frei gewordenen Raumkapazitäten für Staatsbedienstetenwohnungen genutzt werden.
- Inwiefern lassen sich „Fehlbelegungen“ durch Personen, die in einer Staatsbedienstetenwohnung leben, jedoch nicht (mehr) in einem Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis zum Freistaat Bayern stehen, erkennen.
- Wie entwickelt sich die aktuelle Nachfragesituation und in welchen Umfang kommen auch Anwärterinnen und Anwärter zum Zuge.
- Welche durchschnittliche Wartezeit ergibt sich derzeit ab Antragstellung bis zum Bezug einer Staatsbedienstetenwohnung unterteilt nach Dringlichkeitsstufen.
- Von welchem Bedarf an Staatsbedienstetenwohnungen für die Jahre 2020 – 2025 wird ausgegangen (Prognose) und wird hierfür eine gesonderte Bedarfsanalyse durchgeführt wird.

### Begründung:

Die Verwaltung und Bewirtschaftung von Staatsbedienstetenwohnungen des Freistaates Bayern wurde in den vergangenen Jahren durch verschiedene parlamentarische Initiativen thematisiert. Die Staatsregierung hat in ihrem Vollzugsbericht zum Beschluss

des Landtages vom 16.07.2015, Drs. 17/7608, ausführlich über die Situation der Staatsbedienstetenwohnungen in Bayern informiert. Aufgrund des angespannten Wohnungsmarkts in Bayern, besonders im Großraum München, soll nun erneut dargelegt werden, wie die Situation sich entwickelt hat und ob die geplanten Ziele der Staatsregierung erreicht werden konnten. Von besonderem Interesse ist hierbei, wie sich die Bedarfsanalyse für die Jahre 2020 – 2025 darstellt.